

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
und Freizeit und Jugendzeitung einschließlich Bringericht monatlich 80 Pf.  
Die Post begrenzt vierjährig. Nr. 275, unter Kreisland für Deutschland und  
Ungarn Nr. 5. Erhältlich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Gesellschaft: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insolvent werden die eingehaltenen Zeitungen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssbezüge 20 Pf. Insolvent müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Redaktion abgeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 249.

Dresden, Montag den 26. Oktober 1908.

19. Jahrg.

## Parteigenossen! Parteigenossinnen! Werbet und wirket für die Wahlrechts-Kundgebung! soll den Herrschenden gezeigt werden, daß das arbeitende Volk wie das alte Wahlrecht so das neue Wahlrecht mit Entrüstung zurückweist! Auf! Für das allgemeine gleiche Wahlrecht aller Staatsbürger!

### Ein Junkermanifest in Krone, Wahlreform und Reichstags- wahlrecht.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Konservative Korrespondenz ver-  
richt folgende parteioffizielle Erklärung:

„Die Thronrede zur Eröffnung des preußischen Land-  
tags bringt die Meldung, daß eine organische Reform des  
Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus als ein dringendes Erforder-  
nis einer politischen Entwicklung erscheine.“

Wir wollen abwarten, welche politischen Unterlagen die von  
Regierung beschlossenen Vorschriften für jene Annahme, deren  
Rückhalt ja der Beschleunigung des Wahlrechts unterliegen würde,  
zu beweisen oder einzukennen, daß eine Reformbedürftigkeit  
bei dem preußischen Wahlrecht in höherem Maße bestreitlich  
ist, als bei den Wahlrechten anderer Staaten und auch  
Deutschen Reichs.

Man hat bisher nicht gehörig, daß auch in letzter  
Zeit seitdem der zunächst beteiligten Fak-  
ultäten Einberufungen verschieden würden zur Verstärkung und Stär-  
kung der Verantwortlichkeit gefordert.

Das preußische Wahlrecht ist ein Hort der beständigen  
Weit, aufgebaut auf dem Prinzip der Pflicht, zu den  
Staatslizenzen beizutragen. Freilich der Herrschaft der  
Staatslizenzen ist es nicht günstig.

Jedenfalls hat das preußische Abgeordnetenhaus sich in seinen  
Beschlüssen zum Prinzip des Staates und zur Vertretung  
des preußischen Volkes seit langer Zeit so völlig auf der Höhe  
der Aufgaben gesetzt, daß Änderungen in seiner Zusammensetzung  
diesen Erfolg zu gefährden, nicht aber fö-  
rderen könnten.

Unsere Partei möge aus der anscheinend doch hiervom  
weiteren Kritik der Thronrede und der sich daraus  
ergiebenden Situation die erste Mahnung entnehmen, mit  
den Städten und mit allen Eifer an der inneren Verbindung  
zur wahren Interessen des Volkes zu arbeiten. Sie  
sich mit ihnen so völlig vereinen, ihre Förderung im Stunde  
zu gefunden, den modernen Verhältnissen angepaßten Fort-  
schritts auf der Grundlage des bestehenden Alten mit solcher  
Energie betreiben, daß sie der Nachfaktor unseres Staatslebens,  
sicher sie dadurch schon bisher geworden ist, auch in den neuen  
Zonen zu bleiben vermag, die uns vielleicht ankommen werden.

Ob freilich diese Vorschläge dem Wohl des Staates ent-  
sprechend erscheinen, werden wir ja zunächst sehen und ents-  
cheiden in unserer Haltung dazu einzutreten.

Das Ein allerdings wird es ein — wohl nicht gewolltes,  
aber wie die Erfahrung lehrt, leicht mögliches, vielleicht sogar  
entscheidliches Ergebnis solcher modernen Entwicklungsgesetze  
bedrohen stehen, daß zugleich die Wachstum der Krone,  
mit der Geschichte und den Geschichten Preußens unauflöslich  
verbunden erscheint, eine Schändung und Trübung erfahren  
könnte, die nicht zum Heil des Landes dient.“

Die kleine, aber einflußreiche Partei erlässt eine Mobilisierungsrede an ihre Getreuen mit der Parole: Gegen die  
Krone, gegen die preußische Wahlreform, gegen das Reichs-  
wahlrecht. Das ist ein bißchen viel auf einmal, aber die  
Trennen können es sich ja erlauben.

Gegen die Krone richtet sich die Kriegserklärung  
bedingungsweise. Der König absolut, wenn er unterschreibt.  
Der König absolut, wenn er unterschreibt. Der König  
ist noch gar nicht ausgemacht, daß es zwischen  
ihm und den Junkern zu einem ersten Verhältnis kommt.  
So bei der Kanalvorlage sagte der König: „Gebaut wird es  
nicht“, die Junker aber sagten: „Gebaut wird es doch nicht.“  
So droht die konservative Partei der Krone mit einer ähnlichen  
„Schwächung und Trübung“ ihrer Mach-  
tung wie im Falle der Kanalvorlage, in welchem der Wille  
der Junker über den der Krone stieg. Nun ist eine Wahl-  
reform allerdings keine Kanalvorlage, denn hier kann sich  
die Krone, wenn sie will, auf Reserve stellen, durch deren  
Sie unüberwindlich wird. Die Habsburger und die  
Habsburger haben gezeigt, wie das zu machen ist, und  
die Staaten sind darüber nicht zugrunde gegangen. Im  
Falle der Habsburger ist eine ähnliche Röhrung der  
Wahlrechtsfrage nicht zu erwarten, hier wandelt man die  
Zonen der jüdischen Wettiner, Krone und Me-

gierung haben daher keine Unterstützung von den breiten  
Massen des Volkes zu erwarten. Wüssten die Junker das  
nicht, so würden sie nicht so dreist, wie sie es tun, der Throne  
mit ihrer Ungnade drohen.

Gegen die Wahlreform wendet sich das Junker-  
manifest mit dem alten beliebten Argument, daß das preußische  
Wahlrecht aufgebaut sei auf dem Prinzip der Pflicht, zu den  
Staatslizenzen beizutragen. Die Ungerechtigkeit dieser Behauptung  
liegt auf der Hand, denn in Preußen sind die Leute die  
das Geld für das preußische Militärkontingent durch indirekte  
aus Reich bezahlte Steuern aufzubringen, rechtslos. Rechtslos  
sind die Staatsarbeiter, die durch ihre Hände Arbeit bedeu-  
tendes zur Erhaltung des Staates beitragen. Rechtslos ist  
ferner die dritte Wählerklasse, die im Verhältnis zu ihren  
Brüderen viel schöner an den Staatslizenzen tritt als die beiden  
anderen, die zusammen die Mehrheit haben. Dagegen sind  
die Junker privilegiert, ihnen werden Steuern auf ihr Wahl-  
recht entgegnet, die sie nicht bezahlen. Das plate Land ist  
vor der Stadt bevorrechtet, obwohl die Stadt mehr zu den  
Staatslizenzen beiträgt als das plate Land. Die Junker wissen  
dass alles ganz genau. Sie wissen, daß das preußische Wahl-  
recht nicht auf dem „Prinzip, zu den Staatslizenzen beizutragen“, beruht — diese Pflicht ist für alle Staatsbürger di-  
rekt —, noch auch nach dem Prinzip der wirklich getragenen  
Lasten eingerichtet ist, sondern daß es nichts ist als ein logisch,  
moralisch, juristisch gleich unhalbares Gemisch von Überfluss,  
Mißtracht und Unrecht. Aber sie wollen an der Macht bleiben  
und die Redensarten, die sie dabei machen, sind ihnen gleich-  
gültig. Wenn sie's befahlen, muß für Preußen drei eine ge-  
rade Zahl sein.

Gegen das Reichstagswahlrecht spricht sich  
das Junkermanifest mit schärfster Deutlichkeit aus. Denn  
gegen die Konservativen zu, daß sich im preußischen Wahl-  
rechtskampfe das Schicksal des Reiches entscheidet. Die  
preußische Wahlrechtsbewegung ist deutsche Reichs- und  
Volksidee gegen die in Preußen herrschende Krone, und  
es kann für sie kein Zurück mehr geben, weil jedes Zeugnis der  
Erneuerung und Schwäche dem Reichstagswahlrecht gefährlich  
werden kann. Es ist gut, daß die Junker das offen ausge-  
sprochen haben, denn jetzt muß jedermann wissen, mit was es  
sich handelt.

Entweder mit den konservativen Junkern gegen das  
Reichstagswahlrecht oder mit den sozialdemokratischen Arbeitern  
für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!  
Das ist die unvermeidliche Entscheidung, vor die sich jeder einzelne  
Deutsche, Preuße oder Nichtpreuße, stellt, und der sich  
niemals auf die Dauer wird entziehen können, seine Partei,  
seine Regierung und keine Dynastie.

Auch nicht die preußische Krone und das Haus Hohenzollern.

### Nach drei Jahren.

Zur Lage in Russland.

Bei unserem russischen Korrespondenten.

Es. Drei Jahre sind seit dem denkwürdigen Oktober-  
tagen des Jahres 1905 vergangen und vor der Wiederau-  
fführung der dritten Duma ist es gerade Zeit, sich die  
Bilanz dieser bedeutungsvollen Periode der russischen Ge-  
schichte zu vergegenwärtigen. Was hat in dieser Zeit Russ-  
land geleistet? Was haben die Machthaber für den Wieder-  
aufbau des Reiches getan? Und welche Früchte hat ihre „be-  
rühmte“ und „positiv-schaffende“ Tätigkeit gezeitigt?

In drei Jahren kann man viel leisten, wenn man über  
alle Mittel verfügt, wie die russische Regierung. Aller-  
dings ist dazu auch ein wenig eiserne Willkür erforderlich und  
man muss seine Zeit und ihre Erfordernisse verstehen. Hat  
die russische Regierung den Willen gezeigt, auch nur die un-  
ausführbarsten Reformen durchzuführen? Versteht sie, welcher  
Reformen Rückhalt bedarf?

Übersehen wir die Ergebnisse der dreijährigen Tätig-  
keit, so werden wir auf diese Fragen mit einem entschei-  
denden Antwort gegeben müssen. Und dieses Nein werden  
nicht nur die Freunde des jüngsten Regimes, sondern sogar dessen  
Freunde unterstreichen müssen. Denn selbst die sind über-  
zeugt, daß die dreijährige „Arbeit“ der Stolypinschen Agenten  
dem Land keinen Frieden gebracht hat und daß die Verhält-  
nisse gegenwärtig durchaus nicht besser sind, als es vor der  
Revolution der Fall war.

Dezi Jahre gingen für das Land so gut wie zugelassen.  
Die Junker haben zwar gewütet, Laufende  
von Leben sind vernichtet. Aber die wichtigsten Fragen sind  
ungeklärt geblieben und von einer ruhigen Entwicklung der  
Dinge kann noch keine Rede sein. Alles ist noch so unsicher,  
wie es vor dem Jahre 1905 war, alles schwankt, alles gärt,  
wie es damals schwante und gärt.

Die Oktobriken, die gewählten Nationalliberalen,  
weisen auf die Bestätigung der Duma hin. Die Einbürgerung  
der Vertretungssäule wäre in der Tat ein nicht zu unterschätzender  
Gewinn, und wäre dieser Hinweis berechtigt, so würden  
die Jahre immerhin nicht umsonst vergangen sein. Aber ist  
es wahr, daß die Duma schon ein überflüssiges Gut des  
Volkes geworden ist? Dafür kann nicht. Die Duma hat sich  
bis jetzt nur dadurch erhalten können, daß sie in allen  
entscheidenden Fragen der Regierung nachgab und  
die wichtigsten Fragen, von denen das Leben des Landes ab-  
hängt, überhaupt nicht berührte. Ihre Kraft besteht in ihrer  
Schwäche. Sie wird am Leben erhalten, weil sie bisher tot  
war. Wird sie aber lebendig und beginnt sie einen ernsten  
Kampf um die Rechte und Forderungen des Volkes, dann ist  
es noch durchaus nicht sicher, ob sie weiter besteht. Außer  
unwiderrührigen Ausführungen von „möglicher Seite“ fehlt es  
in dieser Hinsicht keineswegs.

Die wichtigste aller russischen Fragen — das Agrar-  
problem — ist bis jetzt nicht nur nicht gelöst, sondern auch  
nicht einmal zur Diskussion gestellt worden. Man befürchtet  
dieses hochsensible Ding anzutasten und hätte es gern totgeschwiegen.  
Aber die Dauer ist aber dieses Tot schweigen unmöglich.

Die Bauern warten mit Ungeduld, daß diese Frage ange-  
schritten wird und die Verschleppungskünste müssen bald ihr  
Ende nehmen. Wie werden sich dann die Bauern zu dieser  
Frage stellen? Werden sie auf ihre Forderung der Ent-  
eignung des Großgrundbesitzes verzichten? Der Gelegenheits-  
kampf der Bauerndelegierten der Duma aufgegeben haben,

gibt darauf eine klare Antwort. Die Bauern denken nicht  
daran, von ihren Forderungen zurückzutreten, und daß bedeutet  
einen Kampf bis aufs Messer mit der jüngsten Regierung und  
der Regierungsmehrheit der Duma. An Überraschungen  
aller Art wird es bei dem Auftreten dieses Problems durch-  
aus nicht fehlen!

Eine nicht minder heile Frage bildet der Kampf  
um die Hochschule. Die Dummheit des jüngsten „Auf-  
klärungs“ministers hat die Universitätstage, die seit zwei  
Jahren — seit der Einführung der Autonomie — verhunzt  
waren, wieder auf das äußerste verschärft. Die Zustände haben  
sich zu zugespielt, daß man wieder zum Studententreffen greifen  
mußte, um die reaktionären Angriffe des Ministeriums ab-  
zuwehren. Die Dummenheit, die der Schulumister bei seinem  
Vorlesung zeigte, berechtigte zunächst zu der Annahme, daß  
er auf eigenen Faust handelte und daß Stolypin sich mit ihm  
nicht solidarisch erklären würde. Der Verlauf der Ereignisse  
bewies, daß diese Annahme etwas optimistisch war. Es stellte  
sich bald heraus, daß Herr Schwartz, so nennt sich der „Auf-  
klärungs“minister, nicht einsam steht und daß seine „Politik“  
der Universitätsförderung die volle Unterstützung des Minister-  
präsidenten erhält. Der Gelegenheitskampf, der von der Regie-  
rung nun ausgearbeitet und veröffentlicht ist, ist voll von  
schwarzer Reaktion und ruft auf allen Seiten die höchste  
Erbitterung hervor. Ein verworfener Kampf der Studenten-  
schaft wie der Professoren um die Selbständigkeit der Hoch-  
schule ist nun unausbleiblich. Die jüngsten „Streiks“ sind nur  
ein Vorspiel und an Überraschungen wird es hier noch  
weniger als bei der Agrarfrage fehlen.

Auch die dritte fundamentalistische, die Arbeitersfrage, ist noch ganz und gar in der Schwere. Man diskutiert zwar in verschiedensten Molekülen über diese Frage, aber als die Diskussionen zeigen, daß die Herren den Ernst der Lage nicht im mindesten begriffen haben. Man unterschätzt nämlich untergeordnete Probleme des Arbeiterschutzes und man versteht nicht, daß ohne Freiheit, ohne ein Minimum der Selbständigkeit die Arbeiter von all diesem "Schutz" keinen Gebrauch machen können. Will man die Arbeiterbewegung in ein geordnetes gelegentliches Rahmen bringen, so muß zuerst nicht an irgendwelche Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetze gedacht werden, sondern an Gewährung von Sozialisation, Verzahnung und Verteilung, nicht, ohne welche Weite die Arbeiter von den gewohnten Methoden des Kampfes nicht ablassen werden und nicht ablassen können.

Die Ursachen der Revolution sind also in diesen drei Jahren in seiner Weise bereitgestellt. Die Regierung hat es nicht versucht, die ihr gewährte Zeit in ihrem Interesse auszunutzen und durch eingreifende Reformen ihre Stellung wirtschaftlich zu verstetigen. Wie vor dem Jahre 1905 besteht auch jetzt die einzige Kraft dieses schwierlichen Regimes in den Vojonettien. Wie lange kann eine Regierung sich mit solchen Mitteln halten? Bis jetzt ist es Stolypin und seinen Helfern gelungen, durch die Spalte des Säbels die Lösung der wichtigsten Aufgaben der Zeit aufzuhalten. Aber dazu mußte das gesamte Reich, die gesamte Bevölkerung unter furchtbare Ausnahmefälle gestellt und die gesamten Kriegskräfte mobilisiert werden. Kann aber ein Reich von der Bedeutung Russlands auf diese Weise weiter existieren? Welche Rolle kann Russland in der auswärtigen Politik spielen, wenn es die ganze bewaffnete Macht nur nach innen richten muß? Man sieht, welche tragische Rolle Russland im Verlauf der orientalischen Krise spielt und muß es durch die inneren Verhältnisse nach außen möglichst geworden ist. Diese Schwäche und außen wird dem Stolypinschen System bald auch für die öffentliche Meinung vollkommen ruhig.

Sofia, 24. Oktober. Aus amtlicher serbischer Quelle wird mitgeteilt, daß Kronprinz Georg mit einer außerordentlichen Gefolgschaft an der der Führer des altrussischen Partei Pashitsch teilnehmen wird, am Montag über Österreich nach Petersburg abreisen wird, um dem russischen Kaiser ein Handschreiben des Königs Peter zu überbringen.

Petersburg, 25. Oktober. Die antiösterreichische Bewegung, an die sich nun auch eine gegen Deutschland gerichtete Agitation anschließt, hat sich infolge des Abzugs der direkten Verhandlungen Österreich-Ungarns mit der Türkei verstärkt. Die Kriegspartei, angeblich ausgemüttet durch englische Einflüsse, gewinnt die Oberhand.

Sofia, 24. Oktober. Infolge der beruhigenden Versicherungen mehrerer Minister, daß jede Kriegsgefahr ausgeschlossen sei, ist die öffentliche Stimmung vollkommen ruhig.

Eine feierliche Vermauerung.

Der Nordb. Algem. Bg. veröffentlicht das folgende Telegramm des deutschen Botschafters Freiherrn v. Marschall, das dem Außenamt zugegangen ist:

Petersburg, 25. Oktober. Jewoltski wird am 29. Oktober in der Reichsduma eine Programmrede über die russische Balkanpolitik halten. Der hier eingesetzte russische Spezialgesandte Wladiwostowitsch hat um eine Audienz in Zarloje Selo nachgefragt.

Petersburg, 25. Oktober. Regierungskreise versichern, Russland steige nicht am Aufstandkommen der Konferenz. Jewoltski's Mission habe in der Erklärung bestanden, Russland beansprucht keine Kompenstationen, sondern auf andere Weise ein moralischer Druck ausgeübt werden soll. Russlands Politik läuft auf eine Isolation Österreichs und Erweiterung der Handelsbeziehungen zur Türkei hinaus.

Belgrad, 24. Oktober. Aus amtlicher serbischer Quelle wird mitgeteilt, daß Kronprinz Georg mit einer außerordentlichen Gefolgschaft an der der Führer des altrussischen Partei Pashitsch teilnehmen wird, am Montag über Österreich nach Petersburg abreisen wird, um dem russischen Kaiser ein Handschreiben des Königs Peter zu überbringen.

Belgrad, 25. Oktober. Die antiösterreichische Bewegung, an die sich nun auch eine gegen Deutschland gerichtete Agitation anschließt, hat sich infolge des Abzugs der direkten Verhandlungen Österreich-Ungarns mit der Türkei verstärkt. Die Kriegspartei, angeblich ausgemüttet durch englische Einflüsse, gewinnt die Oberhand.

Sofia, 24. Oktober. Infolge der beruhigenden Versicherungen mehrerer Minister, daß jede Kriegsgefahr ausgeschlossen sei, ist die öffentliche Stimmung vollkommen ruhig.

Die Nordb. Algem. Bg. veröffentlicht das folgende Telegramm des deutschen Botschafters Freiherrn v. Marschall, das dem Außenamt zugegangen ist:

Thessaloniki, 23. Oktober 1908. Aus den heute hier eingesetzten Blättern ersehe ich, daß die Partei Preußisch beschuldigt, ich hätte den Krieg propagiert und gesagt, die Türkei sollte Bulgarien den Krieg erklären. Ich erkläre pflichtgemäß, daß ich niemals und zu niemand ein Wort in diesem Sinne gesagt habe, sondern im Gegenteil alle meine Anstrengungen entsprechend den mir erhaltenen Anstrukturen ausschließlich darauf gerichtet waren, einen Frieden zu verhindern. — ges. Marschall.

Diese Depesche des Freiherrn v. Marschall wendet sich gegen die Gerichte, denen der Latin und der Temps in ihren Spannraum gegeben hatten. Im Leitartikel des Temps vom 21. Oktober steht es: „Nicht aufzubieben kommt, den Krieg für unvermeidlich zu erklären, befürchtet er (Freiherr v. Marschall) ihn als wünschenswert, als wünschenswert für die Türken.“

Reaktionen.

Altona, 25. Oktober. Wie ein Berliner Telegramm der Köln-Zeitung ausführt, waren die Unterredungen, die der russische Minister des Neuen, Algem. Bg., folgende Mitteilungen: Die Wendung in der auswärtigen Politik der Türkei ist aus der inneren Verhältnisse des Staates abzuleiten. Die jugoslawische Partei ist durch eine kolossale Finanzsumme in eine schwierige Lage geraten. In letzter Zeit war es nicht mehr möglich, den Sold der Offiziere und die Gehälter der Beamten aufzuhalten. Die Verluste, Munition und Waffen anzukaufen, scheiterten, weil die türkische Regierung nicht imstande war, den Verantwortlichen Garantien für die Bezahlung zu geben. In dem Augenblick erhielten England und Frankreich.

Wien, 25. Oktober. Der Abbruch der türkischen Verhandlungen wird nun auch offiziell zugestanden. Von diplomatischer Seite erhält die Wiener Presse folgende Mitteilungen: Die Wendung in der auswärtigen Politik der Türkei ist aus der inneren Verhältnisse des Staates abzuleiten. Die jugoslawische Partei ist durch eine kolossale Finanzsumme in eine schwierige Lage geraten. In letzter Zeit war es nicht mehr möglich, den Sold der Offiziere und die Gehälter der Beamten aufzuhalten. Die Verluste, Munition und Waffen anzukaufen, scheiterten, weil die türkische Regierung nicht imstande war, den Verantwortlichen Garantien für die Bezahlung zu geben. In dem Augenblick erhielten England und Frankreich.

Wien, 25. Oktober. Wegen der Einstellung der Verhandlungen zwischen Österreich und der Türkei herde großer Entschluß über das Vorgehen Englands. Der unmittelbare Anlaß für die Einstellung war ein Blatt des englischen Volksblattes Vorher bei der Wiener Presse, folgende Mitteilungen: Die Wendung in der auswärtigen Politik der Türkei ist aus der inneren Verhältnisse des Staates abzuleiten. Die jugoslawische Partei ist durch eine kolossale Finanzsumme in eine schwierige Lage geraten. In letzter Zeit war es nicht mehr möglich, den Sold der Offiziere und die Gehälter der Beamten aufzuhalten. Die Verluste, Munition und Waffen anzukaufen, scheiterten, weil die türkische Regierung nicht imstande war, den Verantwortlichen Garantien für die Bezahlung zu geben. In dem Augenblick erhielten England und Frankreich.

Wien, 25. Oktober. Wegen der Einstellung der Verhandlungen zwischen Österreich und der Türkei herde großer Entschluß über das Vorgehen Englands. Der unmittelbare Anlaß für die Einstellung war ein Blatt des englischen Volksblattes Vorher bei der Wiener Presse, folgende Mitteilungen: Die Wendung in der auswärtigen Politik der Türkei ist aus der inneren Verhältnisse des Staates abzuleiten. Die jugoslawische Partei ist durch eine kolossale Finanzsumme in eine schwierige Lage geraten. In letzter Zeit war es nicht mehr möglich, den Sold der Offiziere und die Gehälter der Beamten aufzuhalten. Die Verluste, Munition und Waffen anzukaufen, scheiterten, weil die türkische Regierung nicht imstande war, den Verantwortlichen Garantien für die Bezahlung zu geben. In dem Augenblick erhielten England und Frankreich.

Budapest, 25. Oktober. Aus Kreisen des auswärtigen Amtes wird gemeldet: Die Verhandlungen mit der Türkei sind momentan in das Stadium des Stillstands getreten, aber sie sind nicht abgebrochen. Es versuchen sich dort gewisse Einflüsse geben zu machen, die ein Interesse daran haben, die Türkei von ihrem Pfad zu entführen. Wir kennen diese Einflüsse, und eben dadurch haben wir alle Ursache, die neuen Haftungsmaßnahmen fühl bis ins Herz aufzunehmen. Wir können allen weiteren Ereignissen mit uns so großer Ruhe entgegensehen, als wie ja die best possidentes (die glücklich Besitzenden) sind. Wir stellen der Türkei gegenüber keine neuen Ansprüche, sondern beharren nur auf unserem Besitzhande.

Konstantinopel, 25. Oktober. Das Organ des jugoslawischen Komitees Schatti Hamet bekämpft, das türkische Regime als Königreich und Czarschien als privilegierte Provinz gegen Regelung des finanziellen Verpflichtungen; 2. Regelung der sozialen Frage, welche Teilnahme an der türkischen Staatschuld erhofft wird; 3. Integrität der Türkei. Das Blatt legt jedoch, daß die Türkei ihre Integrität selbst schützen müsse und nicht die Macht.

Sofia, 25. Oktober. Die aus Konstantinopel hierher zurückgekehrten bulgarischen Delegierten haben vor ihrer Unterredungen mit den leitenden russischen Kreisen den Eindruck gewonnen, daß die Türkei wegen der ehemaligen Krise lieber die Entscheidung Europas abwarten wolle und nur bei großerer Not-

glebigkeit Bulgariens einer direkten Verständigung mit Sofia nicht abgeneigt wäre. Die prinzipielle Annahme der türkischen Hauptforderung, die in der Fassung einer kapitalisierten Verständigung für Strumeliens bestand, wurde die einzige Basis für die Wiederaufnahme der Verhandlungen bilden können. Die politischen Kreise halten dafür, daß die Regierung in ihrem Bestreben nach einer direkten Verständigung mit Konstantinopel dem dahingehenden Wunsche des Fürsten Ferdinand nachgeben und im Prinzip der Zahlung zu stimmen werde. Die Festlegung der Entschädigungssumme werde in gegenseitigem Einvernehmen erfolgen.

größten Teil in die Taschen amerikanischer Ölfirmen rutschen, während das Gas in jeder Beziehung nationales Eigentum ist, zu behaupten, weil das Petroleum natürlich nicht in die Besitztümer der Standard Oil Trust. Ein soziale Kreise halten für die Ölfirmen, durch deutsche Arbeiter in konkurrierender Konkurrenz, verdeckt schon aus national-politischer Sicht ein Produkt, auf dessen Betrieb willkürliche Preisstellung ein monopoliert wäre, weil weit am Platze gesehen, daß die Ölfirmen, die Ölmonopol das Deutsche Reich durch angewandt haben, das Petroleum abzukaufen, denn Deutschland hat ja nie seine eigenen Petroleumquellen. Das Petroleummonopol würde unter diesen Umständen nicht die Petroleumquellen, welche gerade den kleinen Mann, dem dann das Licht noch nicht kommt.

Das Blatt weiß natürlich ganz genau, daß bei einem solchen Monopol das Deutsche Reich durch angewandt haben, das Petroleum abzukaufen, denn Deutschland hat ja nie seine eigenen Petroleumquellen. Das Petroleummonopol würde unter diesen Umständen nicht die Petroleumquellen, welche gerade den kleinen Mann, dem dann das Licht noch nicht kommt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse, in dem Debatte geführt worden sind, ist jetzt verabschiedet worden. In Auswirkung des Entwurfs bildet das Volksschulwesen, das Fortbildungsschulwesen wird vom der Regierung der Erhalt des Förderungsschulwesens vertragt.

Der oldenburgische Schulgesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen oldenburgischen Schulgesetzes, schon vor seinem Er scheinen im Landtag und in der Presse,

nicht von ihrer politischen Interessengemeinschaft in die Öffentlichkeit verfallen zu lassen. Das Gericht habe einen zarten Kampf gehabt, die Begegnungen und Schuldigen habe man nur ein schwaches Bild fassen können zu gewinnen vermocht. Eine böse Krankheit leidet, die sich seit Jahren in der Bergarbeiterwelt im Saarland breitgemacht habe. Er wolle nicht überreden, man habe aber die Überzeugung genommen, daß noch viele Beamten und des Saar-Bergbaus auf Berufsschule halten. Es sei doch erlaubt, daß die Bergverwaltung keinen Augenblick aufgegeben habe einzutreten und mit idem Wetter die Güter zu erhalten.

Wenn man nicht an Wörtern liebe, so habe die Hauptkammer klar bewiesen, was die Voruntersuchung ergab. — Staatsanwalt erinnert daran, wie die Interessengemeinschaft zwischen gelehrten und Beamten ersten davon abhielt, die Blaufärberei zu verhindern. Ein klarer Beweis der Schuld der Beamten sei darüber, daß sie jahrelang das Gerechte über sich erzogen liegen, ohne gegen zu wehren. Der Staatsanwalt beleuchtete sodann in scharfem Falle die Sache der Anklage, welche er im vollen Umfang aufzeigte. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten 3 Monate Gefängnis, außerdem die Überstellung der Hälfte der Strafe der öffentlichen Sicherheitsbedrohung bis zu drei Wochen. Nachmittags wurde durch die Plakette des acht Verurteilten aufgeführt und dauerte 3 Stunden. Mit Rücksicht auf die letzte Zeit — es war nach 9 Uhr abends geworden — verzögerte sich die Urteilsverkündung auf Sonnabend den 31. Oktober, stags 5 Uhr.

**Die Weinsteuer.** Das Reichsgericht rechnet damit, daß die steuer, die nach dem Wert abgestuft werden soll, eine Einnahme von 5 Millionen Mark bringen wird.

**Meine politischen Nachrichten.** Nach der Täfel-Rundsch. ist dem Vorsitz des Nationalökonomie an der Berliner Universität Gustav Müller, der erbliebige Adel verliehen worden. Professor Müller ist seit 1899 auf Präsentation der Universität Berlin Mitglied des Senats; außerdem ist er Mitglied des Staatsrats und Akademie der Wissenschaften, sowie Historiograph der brandenburgischen Geschichte. — Aus Wien wird gemeldet: Die Entscheidung, die Umbildung des Kabinetts wird jedenfalls noch vor dem Ende des Reichstages, der für den 17. November in Aufsicht kommt, stattfinden werden. Baron von Bredow wird somit vor diesem in die Verhandlungen wegen der Reformierung des Kabinetts eintreten. Von der Haltung der Parteien bei diesen Besprechungen sei abhängig, ob das umgebildete Kabinett ein parlamentarisches oder von Baron von Bredow an die Seite eines aus Beamten zusammengefügten, einmarsch-ruhigeren Truppen in sein und über eine bevorstehende Belebung von Taxis entsteht nach der V. L. T. jeglicher Verdacht. — Einigung aus St. Vincent in Brüssel-Meldungen folgen, daß der Schoneken-Restaurant, der nach Trimbach bestimmt war, von venezianischen Männern beschlagnahmt worden. Die Mannschaft und Passagiere wurden ins Gefängnis gebracht. Der Gouverneur von Trimbach hat den brasilianischen Geschäftsmann in Caracas vorgetragen, eine Untersuchung über die Angelegenheit einzuleiten.

## Rusland.

### Schweiz.

#### Wahlen und Abstimmungen.

Bern, 25. Oktober. (W. L. C.) Heute fanden in der Schweiz abends zu dem Nationalrat Wahlen, der aus 167 Abgeordneten besteht.

Die Wahlen sind trotz des lebhaften Kampfes in mehreren Städten überall ruhig verlaufen.

Das Schweizer Volk hat mit 204 873 gegen 52 651 Stimmen neuen Verfassungsartikel angenommen, der die Entfernung der Wallerkräfte im Gebiete der Eidgenossenschaft aufzuheben bestimmt.

In der Gemeindeabstimmung der Stadt Bern wurde mit 5000 2000 Stimmen die Rekonstruktion des ehemaligen Höhenguts zum vernichten.

#### Oesterreich-Ungarn.

##### Prager Sonntagsfeier.

Prag, 25. Oktober. Die Polizei sperrte schon am frühen Morgen Straßen durch eine doppelte Polizeistaffel ab und umstellte die deutschen Kunden. Die deutschen Studenten verließen in Gruppen das Kaffino und versammelten unter Buren an die von der Polizei zurückgeholten Kunden auf dem Platz für freigebliebene Räume. Als die Bogen fehlten, ordnete die Polizei an, daß der Sammel abgedreht werden, die Studenten jedoch nicht Folge leisteten, drängte diejenigen, die das Kaffino verließ und hinderte den anderen Teil der Studenten, der das Kaffino noch nicht verlassen hatte, am Heraustreten. Viele Polizeikommandos drängten mit geogenen Säbeln die in Gegen des Kaffinos, wo einige Studenten durch flache Schublade verlegt wurden. Dann wurden die Tore geschlossen. Gleich darauf gegen nach Beendigung der Manifestationszeitung zugunsten der zweiten österreichischen Universität die städtische Hochschüler vorüber. Dieser Zug, der von den Theatern begleitet wurde, läßt sich schließlich in Ruhe auf. Die Anhänger vor dem Kaffino dauerten fort. Die deutschen Studenten mußten wieder das Kaffino verlassen.

Diese nachmittag wurden zwei deutsche Studenten in Couleur jungen Burchen angegriffen. Ein Polizeibeamter, der gleichfalls verhaftet wurde, verhaftete einen der Angreifer. Die Polizei und andere standen heute den ganzen Tag in voller Bereitschaft. Abends herrschte Ruhe.

## Rußland.

Petersburg, 25. Oktober. Vor gestern nacht wurden vier Personen unter dem Verdacht der Angehörigkeit zur Komplikation der polarevolutionären Partei verhaftet. Ein großes revolutionäres Schreiben wurde im armenischen Kirchenvorstand aufgefunden. Nach langer Zeit steht man wieder Komplikationen die haben durchdringen.

#### Amerika.

**Roosevelt, Bryan und Gompers.**

Newport, 25. Oktober. (G. L.) Roosevelt hat aufs neue persönlich in die ihrem Ende jährende Wahlkampagne eingegriffen. Dazu kam der Besuch des amerikanischen Arbeitsverbands, geschlossen für man zu stimmen, veranlaßt. Von dem Präsidenten des Bundes, Samuel Gompers, ist bekannt worden, die demokratische Plattform sei so auszuwählen, daß sie allen Forderungen, die die Arbeiterschaft an die Regierung stellten, Erfüllung zulage. (Ein bedeutender Bericht des Herrn Gompers! D. R.) Roosevelt weiß nun einem Schreiben, daß er an den Senator Knox von Pennsylvania, ein früherer Aufstiegsmöglichkeit, gerichtet hat, darauf hin, daß die Unterstützung demokratischen Kandidaten hierzu noch ausreiche. William Bryan ist sich hundertprozentig darüber zuversichtlich, ob er die Demokratie gewinne. Gompers habe auf eine von einem Mitglied des Kongresses eingebrochene Bill verzichtet, die die Hauptforderungen der Arbeiterschaft enthalten. Dieser Bill, sagt Roosevelt, würde, wenn er gehe, Gompers und ihm eine Willens zu erlösen, in den Rahmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern machen müssen, wenn es wäre, daß er mit Gompers und seiner Anhängerin einen Sinn hat, als Präsident für das Interesse eines kleinen Kreises einzutreten. Nun weiß aber Bryan ganz genau, daß dieser Präsident unter allen Umständen ein solches Gesetz für

Anklage als Nebenklage angeschlossen und mit seiner Bestrafung Rechtsanwalt Brededorf betraut. Der Angeklagte, der bereits mehrfach wegen vorjähriger Körperverletzung und Beleidigung bestraft ist, bestreitet die Richtigkeit der Schuldzuweisung des Vorganges. Man müsse ihm auch zugute halten, daß er herzhaft und sehr nervös sei. Beurteilt a. D. v. Bismarck und alle anderen Jungen beklagten dagegen die Richtigkeit des Vorganges. Staatsanwalt Dr. Großdorff: Es wird seit längerer Zeit in den Parlamenten und in der Presse darüber gesagt, daß Roberdeleite und Beleidigungen zu gering bestraft werden. Wenn irgendwelcher Vorgang geeigneter ist, diese Strafe zu bestätigen, so ist es der gegenwärtige. Der Vorgang ist um so unerheblicher, da er in den gebildeten Kreisen sich ereignet und von einem akademisch gebildeten Mann veranlaßt worden ist. In unserer verschreckten Zeit ist jeder Mensch auf die Benutzung der Strafenbahn angewiesen. Wo sollte es hinführen, wenn herartige Beliebtheit am höchsten verlässt. Glücklicherweise steht dieses Vorkommnis einsig da. Der Vorgang bildet geradezu einen Schandfleck im öffentlichen Leben Berlins. Daß der vom Schöffengericht erkannte Strafe ausreichende Sühne ist, habe ich wohl nicht nötig, des Nahen zu begründen. Die Bestrafung muß eine um so schärfer sein, weil der Angeklagte durch sein Schreiben an das Generalsamtsoffizier das ganze deutsche Offizierskorps verächtigt und es bewirkt hat, daß der junge Offizier aus dem Heere entfernt worden ist. Der Gerichtshof wird mir bestimmen, daß eine ganz exemplarische Strafe am Platze ist. Ich beantrage 2 Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung.

Rechtsanwalt Dr. Marcus suchte in längerer Rede den Nachweis zu führen, daß der Angeklagte in überreiztem Zustande gehandelt und der Vorgang sich wohl nicht in so schwerer Form abgespielt, wie er geschildert worden sei. Niedergeschlagene und leichtfertige habe nicht so hohe Strafe. Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Brededorf: Ich fürchte dem Staatsanwalt nur vollständig beipflichten. Der Angeklagte habe alle Regel des Anstandes und der Höflichkeit außer Acht gelassen. Am meisten zu bedauern sei der junge Herr v. Bismarck, dessen Lebensglück und Lebenshoffnung vollständig dahin sei. Von B. habe sich durchaus korrekt benommen. Aber er allerdings in Uniform gekleidet, dann hätte er sich auf die Stelle keine Genugtuung verschafft. Da er aber in Amt war, konnte er das nicht tun. Der Sprudel des Ehrengerichtswohl des Offiziers sei vollständig verständlich. Der junge Herr v. B. habe seinem Vorgesetzten eine folgenden Tage an einen älteren Offizier gewandt, und ihm gefragt, was er tun solle. Der Angeklagte sei ihm aber durch die Anzeige beim Generalsoffizier zuvor gekommen. Jedenfalls sei eine strenge Bestrafung des Angeklagten geboten.

Nach kurzer Beratung des Gerichtshofs verhängte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Möller, folgendes Urteil: Der Gerichtshof ist den Ausführungen des Staatsanwalts vollkommen beigetreten. Einmal steht die Heiligung der Ruhpreise für 1909/1910 durch den Beirat des rheinisch-westfälischen Industrie- und Handelskamts bevor, sobald soll eine weitere Föderationsentschädigung vorgenommen werden. Für die Stadt Berlin wurde die Vornahme einer laufenden Satzung des Arbeitsmarktes beschlossen, die über den Umfang der jeweiligen Arbeitslosigkeit Aufschluß geben soll. Neben die Frage der Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten in den Monaten der harten Arbeitslosigkeit hat man sich noch nicht schlüssig gemacht, obwohl Berlin am fröhligsten seine Vorlehrungen treffen müßte, da gerade Berlin nicht nur absolut, sondern auch relativ die umfangreichste Arbeitslosigkeit hat. Der Ruhpreis nach der Weihnachtsaktion ist an keinem anderen Platz so stark wie gerade in Berlin.

Der großer Aufmerksamkeit verfolgt man die Vorgänge auf dem Schlesischen Markt. Einmal steht die Heiligung der Ruhpreise für 1909/1910 durch den Beirat des rheinisch-westfälischen Industrie- und Handelskamts bevor, sobald soll eine weitere Föderationsentschädigung vorgenommen werden. Es ist ganz klar, daß, wenn die leichtere Aufmerksamkeit durchgeführt werden sollte, der Beirat des Industrie- und Handelskamts die Ruhpreise herabsetzen müßte. Wenn doch heute schon die außerhalb des Symbolischen liegenden Zonen zu 10 bis 15 Prozent billiger an als das Symbolat. Es war überhaupt auffallen, wie hoch trotz der beschlossenen Föderationsentschädigung noch immer die Ruhpreissteigerung im laufenden Jahre war. Nur im Februar und Juni dieses Jahres blieb die Anteilnahme der Ruhpreise gegen 1907 zurück, im übrigen war aber die Steinkohlenförderung noch merklich größer als 1907: wurden doch in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres 98,61 Millionen Tonnen gefördert gegen 95,01 in der gleichen Zeit 1907. Die durchgängige Fördererhöhung machte sich also, da eben die Bevölkerungskräfte gegen 1907 gestiegen waren, noch steilweg bemerkbar. Wenn nunmehr die Einführungssatzung erlaubt werden soll, so darf daraus allein noch allzu ungünstiger Schluss auf die Lage des Kohlenmarktes gezogen werden. Man vergesse nicht, daß auch hier der frühe Eintritt des Winters die Nachfrage nach Haushaltswaren in Gang zu bringen scheint und diesen Moment nicht ohne Rücksicht auf die Stimmung des Kohlenmarktes bleiben kann. Die Aufmerksamkeit, die die Festsetzung der Ruhpreise für das Kohlensymbolat verdient, wird freilich durch den damaligen Beginn der parlamenterischen Saison stark abgeschwächt.

Die Steuerbefreiungen der Eingangsstaaten und des Reichs bilden jetzt schon und für längere Zeit den Hauptgegenstand des Interesses. Gezeigt doch die bis jetzt angekündigten Verlagerungen in das Einkommen so tief hinunter, daß der Kampf um die Steuern den wichtigsten Gewinnstreuß stärker als je entflammt wird. Selbst die Wallanfrage muß trotz ihrer Bedeutung hinter den Steuerfragen für den Augenblick wenigstens zurücktreten. Man hofft ja immer mehr auf einen friedlichen Ausgleich, und selbst die Befreiung möchte sich nach dem ersten festigen Schlußvertrage mehr und mehr. Sie folgt schon wieder den Aussprüchen aus Reutlingen und läßt selbst die umfangreichen Radikalitäten aus dem heimischen Industriebezirk völlig unberücksichtigt. Vor allem stimuliert ein freundlicher Bericht über den amerikanischen Eisenmarkt. Die Bewegung der Kurve in den letzten Tagen charakterisiert sich dadurch, daß das Kurdenknie der Dividendenrente sich etwas befreite, während die Schwerindustriepreise noch unter dem Druck des Einstusses beobachtet, den die Orientierungen momentan auf den Auktionsmarkt ausgeübt hatten. re.

**Ein selbstamer Beleidigungs-Prozeß.**

H. F. Berlin, 25. Oktober 1909.

Ein Vorfall, der großes Aufsehen erregte, gelangte heute vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Berlin II zur Verhandlung. Am 11. September d. J. fuhr der 48jährige Redakteur Richard Becker, Herausgeber einer Korrespondenz, in einem Stechenkoffer die Wallanfrage nach ihrer Bedeutung hinter den Steuerfragen für den Augenblick wenigstens zurücktreten. Man hofft ja immer mehr auf einen friedlichen Ausgleich, und selbst die Befreiung möchte sich nach dem ersten festigen Schlußvertrage mehr und mehr. Sie folgt schon wieder den Aussprüchen aus Reutlingen und läßt selbst die umfangreichen Radikalitäten aus dem heimischen Industriebezirk völlig unberücksichtigt. Vor allem stimuliert ein freundlicher Bericht über den amerikanischen Eisenmarkt. Die Bewegung der Kurve in den letzten Tagen charakterisiert sich dadurch, daß das Kurdenknie der Dividendenrente sich etwas befreite, während die Schwerindustriepreise noch unter dem Druck des Einstusses beobachtet, den die Orientierungen momentan auf den Auktionsmarkt ausgeübt hatten. re.

Vor etwa acht Tagen auf dem Richterstuhl einer Dame ein weißes Kleid mit 5 M.; vor etwa vier Wochen auf dem Pfeifenstück eines Herren ein Portemonnaie mit 5 M.; vor vierzehn Tagen auf dem Blatt einer Dame ein Portemonnaie mit 5 und 10 M.; vor drei Wochen während einer Trauung in der Kreuzkirche zwei Portemonnaies mit 10 und 8 M.; vor etwa vier Wochen im Großen Garten einer Dame ein Portemonnaie mit 3 M.; vor vierzehn Tagen einem Herren ein Portemonnaie mit 8 M.; vor drei bis vier Wochen im Restaurant Stadtfelder zwei Damen je ein Portemonnaie mit 12 und 15 M.; vor drei Wochen an der Brautstube einer Dame ein Portemonnaie mit 13 M.; vor etwa acht Tagen in einem Fleischerladen in der König-Johann-Straße einer Dame ein Portemonnaie mit 15 M.; vor etwa drei Wochen in der Nähe des Hauptbahnhofs einem Herrn ein Portemonnaie mit 15 M.; vor etwa drei Wochen in der Bäckerei einer Bäckerei mit 40 M. Papergeld; vor etwa drei Wochen in der Nähe des Hauptbahnhofs einem Herrn ein Portemonnaie mit 15 M. und zwei Pfandstückern über einen Ring und einen Anzug; vor etwa drei Wochen auf der Schloßstraße einer Dame eine goldene Uhr mit Ketten durch Abstreifen mit einer Range; vor gleicher Weise vor etwa zehn Tagen auf dem Pfeifenstück einem Herrn eine silberne Monogrammkette; vor etwa drei Wochen vor dem Opernhaus einer Dame einen Bäcker; am 19. Oktober im Hauptbahnhof einer Dame ein Portemonnaie mit 6 M. Ich habe alle diese Diebstähle sind hier Angezeigt nicht erkannt worden. Es werden die eventuellen Verlustträger ersucht, sich ungehend bei der Krim. ab zu melden.

Vor etwa zehn Tagen kam auf der Schloßstraße einer Bäckerei beim Aufspringen auf einer stadtmauerfahrenden Steckenschnauze zu Fall, geriet mit dem linken Bein unter die Schnurrichtung und erlitt einen komplizierten Knöchelbruch.

## Letzte Telegramme.

### Einkommensteuergebot in Koburg.

Koburg, 25. Oktober. Die lebhaftige Regierung legte dem Landtag ein neues Einkommensteuergebot auf progressiver Grundlage mit Declarationsgesetz vor.

### Wahlserfolge in der Schwel.

Koblenz, 25. Oktober. (Privattelegramm.) Bei den gestrigen Nationalratswahlen wurden vier Sozialdemokraten gewählt, nämlich Dr. Stuber in Winterthur, Scherer in St. Gallen, Pfarrer Eugster in Appenzell, Herr in Tessin. In Stichwahlen stehen Kreis-Zürich, Dr. Bruecklein und Frei in Basel. Die sozialdemokratischen Stimmen sind bedeutend gewachsen. In der letzten Periode des Nationalrates hatte die Sozialdemokratie nur zwei Vertreter im Nationalrat.

### Zur Orientierung.

Wien, 25. Oktober. Der Wiener R. & P. Presse wird auf Berlin gemeldet, daß beim kleinen Ballonkant, also weiter Südbayern, nach Bulgarien, nach Montenegro, eine Ministratur zur Kaiserzeit erhalten werde.

## Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.



# 1. Beilage der Dresdner Volkszeitung:

1293

249.

Dresden, Montag den 26. Oktober 1908.

19. Jahrgang.

## Sächsische Angelegenheiten.

**Von der Hohenhalschen Eventuallvorlage**  
emand etwas wölfen. Dies hat auch eine stark besuchte  
lung des Vereins Festbehörder in Leipzig nach einem  
des Landtagsabgeordneten Böpke zu der Wahlrechtsfrage  
genommen und schließlich folgende Resolution beschlossen:

**Die Wahlverein der Festbehörder Leipzigs**

von den Mitgliedern der zweiten Ständekammer, daß sie ein  
für ein förmliches Wahlrecht eintreten und daß sie die Schaffung  
des Wähler in solche mit 1 und 4 Stimmen, die Einführung  
einer Wahlwahl auf das Großhändler allein und die  
Bestellung der Regierung ablehnen.

In einer Versammlung der antihemittischen Reformer in  
die allerdings nur von 50 Personen besucht war, wurde  
dem Referenten Zimmermann folgende Resolution angenommen:

Die vom Reformverein eingebrachte Verfassung hält grundsätzlich fest, daß die allgemeine, direkte und geheime Wahl mit  
Wahlrecht und Wahlpflicht die geeignete Grundlage für ein  
echtes ländliches Landtagswahlrecht bietet. Sie erkennt an, daß  
ein Gemeindewahlrecht der ländlichen Regierung gegenüber dem  
den indirekten Deutschenwahlrecht einen wesentlichen  
Vorzug besitzt und namentlich dem Mittelsmann berechtigt

sicher würde, in viel höherem Maße, als das vom Wahl-

komitee mit seinem vorwiegend plutoökonomischen Choralei geprägt  
wurde.

Die Verfassung hält aber schärfste Bedenken gegen die  
Bewilligung von drei Wahltagen, nicht jedoch an  
und fordet das Studium, bei endgültiger Vereinbarung  
sich die Verhältniswahl auf das ganze Land aus-

zu. Die Verfassung protestiert nachdrücklich gegen alle Ver-  
handlungen, damit Sachsen Wolf und Land noch vor Weih-  
nachten von den Fesseln des indirekten und rein pluto-  
ökonomischen Wahlrechts befreit würde.

So zämmert und unentschieden alle diese bürgerlichen  
Kämpfer sein mögen, so sehr sich diese Gesellschaft auch  
ein wirklich gerechtes Wahlrecht zu fordern, in der Ab-  
surdität Hohenhalschen Eventuallvorlage sind sie einsig. Nur  
Reformveteranen hat Hohenhals auf seiner Seite, aber auch die  
jede Verantwortung ab.

### Das schlimmste aller sozialen Übel.

Die in Chemnitz herrschende besonders schlimme  
Arbeitslosigkeit, die noch immer mehr zunimmt, be-  
reits im Gewerkschaftsklär in seiner letzten Sitzung  
durch Siegfried Heldt sprach über das Thema: Was ist  
zu tun um der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Chemnitz  
abzuhelfen? Eine zweckläufige Stadtkommission über-  
prüfung der Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Die Gewerkschaften  
kennen nur den Umfang der Arbeitslosigkeit in ihren  
Unternehmen.

Aber viele Arbeiter sind unorganisiert. Am Stützen  
mitgliederzahl der größten hiesigen Krankenkassen und  
Ausleiter der großen Verbände an deren Arbeitslosen  
feststellt, daß der Umfang ein großer ist. Allein 2500  
Arbeiter sind arbeitslos. Die anderen Verbände haben  
gent ihrer Mitglieder als Arbeitslosen zu unterscheiden. Redner  
sprach auf die vor einiger Zeit vom Oberbürgermeister  
kum im Stadtverordnetenkollegium abgegebene Erklärung,  
die den Fall der Unzulänglichkeit der Finan-  
zierung von Roststandarbeiten in Aussicht gestellt wurde.  
Es wurde der Vorstand beauftragt, eine Eingabe an den  
Stadt und die Stadtverordneten zu richten des Inhalts,  
die Arbeitslosenzählung unter Mitwirkung der Gewerkschaften  
dem Rat der Stadt Köln veranlaßt, daß Roststandar-  
ten unter Innehaltung der zwischen den Unternehmern und  
Kästen vereinbarten Rahmen bald in Angriff genommen,  
arbeitslosen gegenüber bezüglich der kommunalen Verpflichtungen  
Erläuterungen geschaffen werden, die als Armenunter-  
stützung nicht betrachtet werden dürfen. Ferner sollen der Rat und  
Stadtverordneten es sich erlauben, den Gewerkschaften eine be-  
schränkte Summe zur Verteilung an die Arbeitslosen zur Ver-  
fügung zu stellen, und dabei soll auf die guten Erfahrungen hin-  
zuweisen, die Stroßburg damit gemacht hat.

### Reform des Religionsunterrichts in den Volksschulen.

Die Beschlüsse der letzten sächsischen Lehrerversammlung im  
zu sind den Herren Geistlichen, welche das Heft der Beauf-  
tragung des Religionsunterrichts in den Volksschulen nicht gern  
in Händen geben möchten, anstehend ganz gehoben in die  
geplanten, und sie stricken sich mit Händen und Füßen gegen  
Bewilligung dieser Beschlüsse. So hat dieser Tag der  
und der sächsischen Kirchlichen Konferenz, an deren Spitze der  
erste Weier-Zwickau steht, in einer Sitzung gegen diese  
Beschlüsse der Lehrerversammlung Stellung genommen und eine  
Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

Die Sitzung der sächsischen Lehrerversammlung in Zwickau über  
Konkurrenz in der Volksschule erzeugt in manchen Kreisen  
ein Widerstreit. Man fürchtet ohne Grund von ihrer Beauftragung  
Satz für den Glauben der evangelisch-lutherischen Gemeinde.  
Leben in ihnen das lebhafte Verlangen der ländlichen Leute nach  
einer religiösen Betreuung gerichtet und aus Wahrhaftigkeit ent-  
scheidenden Unterrichtseinheit, bei der das Leben Jesu im Mittelpunkt  
stehen. Auch erkennen wir das Sehenswerte und Würdevolle  
Unterricht zu verbessern, an. Eine Bekleidung der  
lichen Aufsicht über den Religionsunterricht  
mit für uns unter den heutigen Verhältnissen nicht  
zuge.

Wie können es den Herren Geistlichen wohl nachfühlen,  
um sie die Aufsicht des Religionsunterrichts in den Volksschulen  
nicht aus den Händen geben wollen.

Die Bürgermeister der sächsischen Städte  
am Sonnabend in Dresden eine stark besuchte Versammlung,  
die sich mit der Regelung der sächsischen Lehrer-  
alter und der bevorstehenden Gemeindesteuerreform  
beschäftigte. Es wurde jedoch beschlossen, die gesuchten Beschlüsse  
nicht zu verhindern.

**Eine Bekleidungslage**  
der Gymnasiallehrer Dr. Friedrich Wilhelm Vogel in Dresden  
den Warter Eich in Langenbogen bei Mühlroff bildete den  
zu einer mehrstündigen Verhandlung vor dem Schöffengericht

zu Blauen i. B. Am August d. J. hatte der Warter Eich in einem im  
Postländischen Kupfer erschienenen Artikel, darin: „Was sich in einem  
Dorf alles findet“, dem Gymnasiallehrer Dr. Vogel — ohne jedoch  
diesen Namen zu nennen, doch wie jede Einzelheit, was dann  
gemeint war — vorgelesen, daß er in Mühlroff von einem über den  
Wert eines Pferds unfähigen Mühlroff eine Lade zu einem  
Spectro von 2 M. erstanden habe und dies als ein die Miete  
untergröbendes Vorhaben und als modernen Hausrat bezeichnet.  
Verner wies in seinem Artikel der Warter Eich darauf hin, daß der  
Dr. Vogel als Lehrer doppelt wissen müsse, daß man heute über  
Autoritätslosigkeit und dergleichen klage und daß man von gebildeten  
Leuten erwarten könne, daß sie zur Erfüllung vor dem Alter ergreifen  
möglichst zu entziehen wolle. Durch diesen Artikel hatte sich der  
Gymnasiallehrer Dr. Vogel beleidigt gefühlt und dientlich die Bekleidungslage  
gegen den Warter Eich angeklagt. Nach mehrstündiger  
Verhandlung wurde schließlich der Warter Eich wegen Bekleidung des  
Gymnasiallehrers Vogel zu einer Geldstrafe von 75 Mark  
verurteilt.

**Chemnitz.** Den Tod zum Götter gemacht hatte die Gillie  
Chemnitz des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, als sie im Juli  
1908 die Stellung ihres Geschäftsführers Emil Heselius aus  
Forts i. L. übernahm. Wir meldeten bereits, daß H. wegen be-  
gangener Unterschlagungen seines Amtes entlassen und aus dem  
Verband ausgeschlossen wurde. Er hatte sich vor dem Stadtkom-  
missar selbst gesellt. Nun wurde vor dem Schöffengericht  
verhandelt. Er war geständig, in der Zeit vom Februar 1908  
bis zu seiner Entlassung insgesamt 433,53 M. unterschlagen zu  
haben. H. der wegen Diebstahl, Urturkensichtung und Betrug  
sich einmal bestraft ist, wurde zu vier Wochen fünf Tagen  
Gefängnis verurteilt.

**Chemnitz.** Der Rat der Stadt Chemnitz hat beschlossen,  
in einer Petition an die Staate um Zuteilung von fünf Wahl-  
kreisen an die Stadt Chemnitz nachzujuichen.

**Zwickau.** Der Verein der Salinhaber der Amtshaupt-  
mannschaft Zwickau protestierte in einer Versammlung gegen  
die geplante Höhersteuerung von Branntwein, Bier, Tabak und  
Zigaretten, sowie gegen eine Besteuerung der Flaschenweine und  
des Likörs.

**Rossm.** Die Stadtverordneten beschlossen eine Abänderung  
des Ortsstatus, nach welcher nur alle zwei Jahre Stadtvor-  
ordnetenwahlen stattfinden. Bisher wurde alle Jahre gewählt.  
Die Mandatsträger der Stadtverordneten ist durch die  
„Reform“ von drei auf sechs Jahre verlängert worden. Das  
ist eine Beschuldigung des Einflusses der Einwohner auf das  
Stadtparlament.

**Stetius Nachrichten aus dem Lande.** Am Dienstag früh wurde,  
wie schon geschildert, im Fabrikanten Steinbrücke in Demitz-Tannen  
des 1898 in Chemnitz geborenen Steinwerker Karl Ernst Schwarz tot  
aufgefunden. Aufsangs nahm man an, daß er in der Nacht infolge  
Trunkseins abgerutscht und dann in hilflosem Zustande liegen  
geblieben und schließlich erstickt sei. Da aber jetzt in einem  
anderen Brücke Steinbrücke gefunden werden kann, nimmt man  
an, daß Schwarz dort umgebracht und an die Fundstelle ge-  
schleppt worden ist. Die Polizei war an den Füßen unbehilflich.  
Schwarz verunglückt ist in Blauen der 23 Jahre als Telegrafen-  
bedienungsgehilfe Gustav Louis Alfred Ecke. Der Mann wollte auf dem  
Waldbahnhof am Speicherhof von Weißig an einer Kabelstange arbeiten.  
Dassel brach eine Sprosse der Leiter, auf der er stand. Ecke wollte  
nicht noch erhalten, die Leiter fiel jedoch um und der Mann stürzte aus  
einem Höhe von sechs bis acht Metern auf einen Steinbauten. Der Be-  
dauernde erlitt einen rechten Schenkelbruch und innere Verletzungen.  
Der Steinsteg brannte in Blauen-G. H. 200 m die neben dem Hammer-  
garten stegende Egerische Wirtschaft völlig nieder. Der Brand war  
durch einen jahrelangen Anbau angelegt worden, der eine Scheune  
brennende Sprengsätze in einen Strohhaufen der Scheune warf.  
Von den vier dort wohnenden Familien haben nur zwei ver-  
hüllt. Der Schaden ist sehr groß. — In Riedensdorf wurde  
der Bergarbeiter Arnold durch herabfallende Stiele sehr schwer  
verletzt und mußte benommen in seine Wohnung getragen werden. —  
Der 30jährige Schuhflicker Otto Vogel, der auf dem Untergrund Al-  
sleben bei Oschatz in Arbeit stand, fiel beim Anziehen der Schuhe bei  
Talheim von seinem Wagen und wurde überfahren. Der Schwerver-  
letzte starb auf dem Transport zum Krankenhaus. Er hinterließ  
eine Witwe und sechs Kinder, von denen das älteste noch nicht zwölf  
Jahre alt ist.

## Stadt-Chronik.

### Buchmacher.

Was ist das? Was versteht man unter einem Buch-  
macher? Im allgemeinen ist bekannt, daß das Leute sind,  
die gewerbemäßig auf unerlaubte und vielfach aus betrügerischer  
Weise Wetten zu Pferderennen vermittelnd und veranstalten.  
Weit mehr das Publikum in der Regel nicht, das man nicht  
genug warnen kann vor den Buchmachern. Die Behörden  
finden ihnen wohl hinterdroh, können aber selten zuholen.

Die Ausübung dieses „Gewerbes“ geschieht in folgender  
Weise: Die Buchmacher nehmen von Wettküstigen Welt-  
aufräge, insbesondere für französische und deutsche Rennen,  
entgegen. Der Name Buchmacher mag daher gefunden sein,  
daß die sogenannten Weltverträge die von ihnen entgegen-  
nommenen Weltaufräge anfanglich in ein Buch eingetragen.  
Das Geschäft zwischen Buchmacher und Wettküstigen besteht  
darin, daß der Wettküste dem Buchmacher den Auftrag gibt,  
auf ein oder mehrere bestimmte Pferde, die in einem be-  
stimmten Rennen laufen, auf Sieg oder auf Platz zu wetten.  
Eine Kontrolle darüber, ob der Buchmacher die von ihm ent-  
gegennommenen Weltverträge den Wettküstigen keinen Auf-  
traggeber entsprechend ausführt, ist nicht vorhanden, zumal  
die Buchmacher schon längst angehört haben, die entgegen-  
nommenen Weltverträge, wie früher üblich, in ein Buch ein-  
getragen. Dies unterläßt die Buchmacher, weil die Rücker-  
den Strafverfolgungsbehörden ein wichtiges Beweismittel  
gegen sie abgeworfen würden. So ist der Weltvertragsgeber ganz  
auf die Ehrlichkeit des Buchmachers angewiesen. Wenn  
der Buchmacher führt die Weltverträge gewöhnlich nicht den  
Weisungen seines Auftraggebers entsprechend aus, sondern  
wettet mit dem ihm anvertrauten Gelde auf eigene Rücksicht.  
Des Rennports Unfälle werden auch oft vom Buchmacher  
durchumt, um ihr Geld gebracht, daß ihnen der Buchmacher emp-  
fiehlt, auf solche Pferde zu setzen, die erfahrungsgemäß nicht  
gewinnen. Da der Buchmacher die Weltkünste nicht auf die  
von ihm empfohlenen Pferde setzt, so freie er die einge-

zahlten, aber von ihm nicht gesetzten Wettküste ein. Vielfach  
kommt es auch vor, daß der Buchmacher, wenn er vor „ich ge-  
mäß den Weisungen seines Auftraggebers gewette“ sat und auf die geweiteten Pferde hohe Beträge entfallen sind, die Be-  
winne einfach nicht auszahlt, indem er damit redet, daß die  
gewonnenen Beträge nicht einzufordern sind. Dann abgelehnen  
von dem gewillerten betriebsfreien und daher strafbaren Ge-  
baren der Buchmacher ist deren Gewerbe an sich ungültig straf-  
bar, als nach § 3 des Gesetzes über die Wetten bei öffentli-  
chen Veranstaltungen das geschäftsmäßige Vermitteln von  
Wetten für öffentlich im In- oder Ausland veranstaltete  
Wettküste verboten und unter Strafe gestellt ist. Die Ver-  
folgung der Buchmacher steht höchst jedoch oft auf die größten Schwie-  
rigkeiten, weil die Wettküste meist von der irigen Annahme  
ausgehen, daß sie sich durch Erteilung von Aufträgen an die  
Buchmacher selbst strafbar machen. Sie unterlassen es des-  
halb meist, auch wenn sie durch das Gebaren der Buchmacher  
ausgegrenzt werden sind, Anzeige bei der Polizei oder  
Staatsanwaltschaft zu machen, oder halten, wenn es sich um  
ihre Vertrags in einer anderweitig zur Kenntnis der Polizei  
gelkommenen Straftat der Buchmacher handelt, mit ihrer Aus-  
übung derart zurück, daß dem Buchmacher oft recht wenig oder  
nichts nachgewiesen werden kann.

Diese Umstände haben wesentlich zur Verbreitung des  
Buchmacherscheinens beigetragen. Deshalb sei zur Klärung  
bemerkt, daß sich durch das geschäftsmäßige Vermitteln von  
Wetten für öffentliche Wettküste wohl der Buchmacher, eben  
weil er Vermittler ist, strafbar macht, nicht aber derjenige, der  
dem Buchmacher Weltverträge erteilt. Bei ihrem eigenen  
Interesse läuten die Wettküste auf daran, Anzeige zu erläutern,  
wenn sie erfahren, daß diese gewetteten Beträge nicht auftrags-  
gemäß anlegen oder gewonnene Beträge nicht auszahlen. Denn  
nur dadurch kann verhindert werden, daß die Wettküste  
abgelehnen werden von den Wettküsten, die sie an die Buchmacher zu zahlen  
haben, auch noch durch direkte Nebenverteilung geschädigt wer-  
den. Wenn die Buchmacher einmal, daß sie von den Wet-  
küsten rücksichtlos zur Anzeige gebracht werden, so werden  
sie bestreit sein, ihr an sich verbotenes Gewerbe wenigstens in  
gewissem Sinne ehrlich zu betreiben. Dringend seien aber diejenigen,  
die sich einmal mit Buchmachern eingelassen haben, gewarnt,  
bei einer vorliegenden Verfolgung in einer zur  
Kenntnis der Behörde gelangten Straftat wegen verbotener  
Betriebsermittlung zugunsten des Buchmachers mit ihrer Aus-  
übung auszuhalten. Sie könnten sich dadurch selbst der Gefahr  
aussetzen, gut strafbaren Verantwoortung auszuweichen zu werden,  
wenn auch die Erteilung eines Weltvertrags an sich  
straflos bleibt, so wird doch nach den allgemeinen Strafbestim-  
mungen des Reichsstrafgesetzbuchs derjenige bestraft, der einer  
Person, die sich einer Straftat schuldig gemacht hat — und  
das ist in diesen Fällen der Buchmacher —, willentlich bei-  
steht, um sie der Bestrafung zu entziehen. Ein Ver-  
schweigen von Tatsachen über das Gebaren der Buchmacher  
noch vorangegangener Verfolgung seitens einer Gerichts- oder  
Verwaltungsbehörde könnte leicht als eine derartige strafbare  
Beihilfe des Buchmachers angesehen werden. Gemerkt  
sei noch, daß sich nach Erfinden auch Inhaber von öffentlichen  
Veranstaltungsorten der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung  
aussetzen, wenn sie in ihren Lokalen das Vermitteln von  
Wetten für öffentliche Wettküste gestatten.

Wir raten jedem, sich von solchem Wettküste überhaupt fernzuhalten. Da er aber leider in weiten Streilen noch  
eingebürgert ist, erscheint es angebracht, doch einmal von den  
Verhältnissen öffentlich Kenntnis zu geben.

### Die Wahlrechtsdemonstrationen.

Die Ankündigung der Dresdner Wahlrechts-  
demonstrationen wird von der hiesigen Presse einfach mit-  
geteilt. Eine Ausnahme machen nur die Dresdner Nachrichten,  
die es sich nicht verkneifen können, ihre „Schärfste Wissäussicht“  
über das Vorhaben der Sozialdemokratie anzuhören. Das Wis-  
säussichtigen des sozialkonservativen Blattes können wir ja nach-  
empfinden, es steht uns aber natürlich absolut nicht. Wenn die  
Dresdner Nachrichten jedoch davon sprechen, daß unser Vorhaben  
„frivol“ sei, wenn sie in leicht erkenntbare Absicht auf die „leichten  
derartigen Demonstrationen“ von damals hinweisen, so sei demgegenüber mit allem  
Nachdruck betont, daß die Sozialdemokratie einfa-  
ch von einem sozialökologischen Rechte (von einem Rechte)  
Gebrauch macht. (Die Dresdner Nachrichten mögen die  
Nase einmal ins Fleischvergnügen ließen.) Und für die  
nötige Ordnung werden unsere Genossen schon selbst  
sorgen. Der demagogische Hinweis auf damals ist  
ganz und gar verehrt, insbesondere der Vorwurf gegen unsere  
Partei sein soll. Die damaligen Straßen-Demonstrationen waren  
nicht organisiert. Sie fanden sogar gegen den Willen der Partei-  
instanzen statt. Trotzdem wäre auch damals nichts passiert, wenn  
die Polizei nicht in der bekannten Weise eingegriffen hätte. Daß  
Sozialdemokraten Straßen-Demonstrationen zu organisieren und in  
würdiger Weise durchzuführen verstehen, das ist oft genug gezeigt  
worden, und wir werden es kommenden Sonntag auch in Dresden  
beweisen.

Also nur nicht lange machen, bereite Tante von der Marken-  
straße! Der Vorwurf der Frivolität ist an die falsche Adress  
gegeben worden; er muß an die konsequenten und nationalstaatlichen  
Wahlrechtskämpfer im Lande gerichtet werden. Diese Leute  
provokieren die Wahlrechtsdemonstrationen!

Arbeiter, Genossen, entscherte Wähler der dritten Kaste:  
agitiert lebhaft für eine imposante Demon-  
stration am nächsten Sonntag! Nun erst recht!

### Wasserrecht und Versicherungspflicht.

Die Deutsche Flugfahrtungs-Versicherungsgesellschaft in  
Berlin und die Versicherungsbank Sonder-Pflicht in Dresden  
suchten den preußischen Minister für Ansprüche rechtfertig





## Veranstaltungen.

**März.** Am 11. Oktober sprach Reichstagsabgeordneter G. Rose, Chemnitz, im Alten Rathaus über: Die Kriegsschäden und 500 Millionen neue Steuern. Neben dem Vortrag fehlte in schon berichtet worden, so daß sich eine Wiederholung erübrigte. Erwähnt sei jedoch, daß der Redner in markanter Weise über den gegenwärtigen Zustand der Republik sprach. Der Reichstagsabgeordnete des 8. Kreises, Hanisch, zu rede zog. Er legt den Anwesenden klar, für wie manche Volkshilflichkeit Hanisch zu haben sei. Sein Patriotismus geht, wie bei allen Patrioten, auch nur bis zum Geldbeutel. Zum wahren aber ist er einer der festigsten Gegner unserer Forderungen: Ausbauung der Einkommenssteuer, Abholzung der indirekten Steuern und Verlegung der Steuerlast auf die tragfähigsten Schultern. Redner ist der Überzeugung, daß mancher Anwesende, der bei der letzten Reichstagswahl seine Stimme den Hantchen gegeben, in Zukunft früher oder später seine Stimme dem Vertreter des westlichen Volkes, der Sozialdemokratie, gibt. Dass Rose den etwa 900 Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der reiche Beifall am Schlusse seiner Rede. Da zur Debatte niemand das Wort wünschte geschlossen. (Eing. 17./10.)

**Großschadowitz.** Ueber die gegenwärtige politische Lage des Auslands referierte Genosse Schwartz in der Gruppenversammlung vom 18. Oktober und entledigte sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise. Aus der Vorlesung berichtete Genosse Stiegel über die Gründung einer eigenen Zeitung für den 8. Kreis. Dazu ist eine Sieben-Kommision gewählt worden; von unserer Gruppe Genosse Wormann. Die oberen Offiziaten unserer Gruppe sollen der Lohner Gruppe angegliedert werden. In einer Zuschrift teilt der neue Besitzer der Goldenen Krone, Kleinischadowitz, mit, daß seine Vollmachten zu allen Veranstaltungen und Versammlungen zur Verfügung stehen. Freitag den 18. Oktober findet in Großschadowitz eine große Volksversammlung statt. Genosse Egner wurde als Unterstifter für Kleinschadowitz gewählt. Vätermeister Carač hat seinen Rücktritt aus der Partei erklärt. Auch haben die Volkszeitung abgesetzt: Carač, Vätermeister Mauffa, Großschadowitz, und Vätermeister Beyer, Kleinschadowitz. Kritisiert wurde, daß jüdliche Geschäftsführer noch Konjunktur erhalten. Die Vätermeister Beyer und Bömer, Großschadowitz, haben bewilligt und liefern auf Versammlung nach allen Orten. Ueber das Thema: Doppelstandartentum entnahm sich eine rege Debatte. Es wurde der Antrag gestellt, diesen Punkt auf die nächste Tagessitzung zu legen. Dem wurde zugestimmt. Genosse Roos vertritt, daß im Gemeinderat Großschadowitz öffentliche Gemeinderatsitzungen abgelehnt wurden. Die nächste Gruppenversammlung wird in Anbetracht der bevorstehenden Gemeinderatswahlen in Sporitz stattfinden. Zum Abschluß geht noch ein Fragezettel ein zu dem in Sporitz tanzierenden Gerücht, daß von früher noch ein Defekt von 4000 M. vorhanden sei. Der Verteiler, Genosse Hirschel, erklärt, davon nichts zu wissen, will sich aber danach erkundigen. Anwesend waren 84 Mitglieder. (Eing. 17./10.)

**The Blumen-, Blätter- und Februarbeiter und -arbeiterinnen** hielten am 15. Oktober eine Versammlung in der Roten Schule in Döhlen ab. Genosse Reinhard hält einen Vortrag über: Der Orient. Er schilderte seine Reise bis Konstantinopel. Der Vortrag war so interessant und lehrreich, daß alle Anwesenden wünschten, daß er selbst als irgend möglichst nochmals gehalten werde. Die Verwaltung des Verbandes hat deshalb beschlossen, diesen Vortrag mit Lichtbildern Donnerstag den 20. Oktober, abends 8½ Uhr, im Dresden im Volkshaus halten zu lassen. (Eing. 17./10.)

**Dachdecker.** Sonntag den 18. Oktober fand im Gasthaus Sennelber eine Versammlung statt, die sich u. a. mit dem Bericht über die am 6. Oktober anberaumte Einigungssitzung mit dem Gesamtverband des Dachdeckerhandwerks für Dresden und Umgegend beschäftigen sollte. Kollege Schreiner, der als Vertreter des Centralvorstandes an den Unterhandlungen mit teilnehmen sollte, gab zunächst einen Überblick über die Art und Weise, wie der Gesamtvorstand der Arbeitgeber mit unseren gewählten Vertretern umgeht. Der Vorsitzende, Dachdeckermeister Aug. Schöne, hier, der die Unterhandlungen leitete, begann sofort eine genaue Auseinandersetzung der Personalen und des Arbeitsplatzes jedes einzelnen Kollegen der Lohnkommision vorzunehmen. Nachdem dies erfolgte, erklärte er, daß der fünf mit anwesende Kollege, der als Erstes für einen durch Krankheit abgehaltenen Kollegen erschienen war, sowie der Kollege Schreiner an den Unterhandlungen nicht teilnehmen könnten, indem die Meister beschlossen hätten, nur mit ihren Gehilfen zu verhandeln, trotz des Hinweises des Kollegen Schreiner, daß es eine Ungerechtigkeit sei, wenn von unserer Seite nur vier Kollegen zugelassen würden, während der Gesamtvorstand der Arbeitgeber aus acht Personen besteht und daß es eine Vergeleichung sei, wenn die Vertreter der Arbeitgeberorganisation den Vertreter der Arbeitnehmerorganisation nicht zulassen, trotzdem in unserem alten Tarif vereinbart wäre: der Gauleiter kann an den Unterhandlungen teilnehmen, sofern er von dem Dachdecker ist. Erfolglos. Nach der Vorschlag unterscheide, doch dann unseren Dachdeckermeisteren zuzulassen, wenn man Schreiner nicht sehen will, war vergebens. Unter forschender Drohung des Vorsitzenden Aug. Schöne mit dem Gauleiter, holte er den Witz, der ihm behilflich sein sollte in seinem Unternehmen. Da wir dazu keine Veranlassung geben wollten, gingen wir es vor, den Saal zu verlassen. Kollege Schreiner erklärte, daß dieses Vorgehen des Vorsitzenden, welches auch von den Dachdeckermeistern Hohnefeld, Koch und Herm. Trieb durch persönliche Bemerkungen unterstützt wurde, provozierend und nicht dazu angemessen sei, das Ansehen des Meisterverbandes zu schaden. In Abwehr aller dieser Tathaken legte er den Verhandlungen ein Herz, sich nicht aus der Ruhe bringen zu lassen, denn es wäre durch solches Vorgehen leicht mehr erreicht worden. Er empfahl den Kollegen nochmals, an die Arbeitnehmer zuwenden einer Unterhandlung heranzutreten, oder, wenn das scheitern sollte, die für uns passendste Gelegenheit zu benutzen, unsere Forderungen zur Geltung zu bringen. In der Debatte wurden die Ausführungen von den Kollegen der Lohnkommision untersucht. Nur war man mit einem nominalen Herausziehen zwecks Unterhandlungen mit den Meistern unter den jeweiligen Verhältnissen nicht einverstanden. Dieses Vorgehen wurde von den übrigen Rednern als bestehend und Meinung bezeichnet. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 18. Oktober tagende Versammlung der Dachdecker und betrie. Berufe von Dresden und Umgegend betrachtet die Handlungswweise, die sich der Gesamtverband des Arbeitgeberverbands für das Dachdeckerhandwerk zu Dresden und Umgegend in der am 6. Oktober anberaumten Einigungssitzung erlaubte, indem er, trotz unseres Protestes, nur vier Kollegen an den Verhandlungen teilnehmen ließen, während andererseits acht Meister anwesend waren, als einen Akt der größten Ungerechtigkeit, wodurch es unmöglich war, in die Verhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen erfüllten, an ihrer Gelegenheit geltend machen zu wollen.“ — Hierauf gab Kollege Schreiner die Abrednung vom 8. Quartal 1908. Dasselbe wurde für richtig befunden und dem Vorsitzenden Decharge erteilt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, alles aufzuhören, um alle Gewaltungen herauszuziehen, damit niemand zum Verräder an unsfer gerichtet habe. In einer Anfang November stattfindenden Versammlung, die in der Volkszeitung noch befürchtet wurde, soll den Kollegen Gelegenheit gegeben werden, sich über Arbeitspolitik im Dresdner Stadtparlament einen von unseren gewählten Vertretern gehaltenen Vortrag anzuhören. (Eing. 18./10.)

**Transportarbeiter.** Die hiesige Generalversammlung hielt ihre ordentliche Generalversammlung am 14. Oktober im Volkshaus ab. Vor Eintritt in die Tagessitzung wurde das Abendessen fünf im 3. Quartal berichtigter Mitglieder durch Erstellen von den Eigenen gegeben. Den Geschäftsführer für das abgelaufene Quartal erhielt der Provinzialdirektor Bergmann. Andemselben gaben her vor, daß insgesamt acht Lohnbewegungen geführt wurden, und zwar nur Lohnsteigerungen. In der Röbeltransportbranche kam es wieder

zu einem Tarifabschluß. Der Vertrag gilt bis 31. August 1910. Mit den Firmen Franz Steingelde, „Sinalco“ und dem „Deutschen Werkstätten für Handwerk“ wurden ebenfalls Tarifvereinbarungen abgeschlossen. In den „Möritzer Eiswerken“ und bei Joh. Seebe, Expeditionsbetrieb, erzielten die Kollegen höhere Löhne und andere Vorteile. In den „St. St. Werken“ (Alsfeldkreis Göttingen) verließ die Lohnbewegung ergebnislos. Zur Diskussion kam es im Fensterreinigungsinstutut von Werner. Dieser Herr hatte im Besitz seines Geschäftsführers einem neuen Tarife abgestimmt, den er aber einige Tage später nicht unterzeichnete. Die versprochenen Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gewährt. Besonderer Umstände halber wurde vorläufig von weiteren Schritten den wortkräftigen Unternehmer Abstand genommen. Die Bibliothek besaßen 60 Mitglieder, insgesamt wurden 149 Bücher ausgeliehen. Mitgliedschaft war in sechs Jahren gewachsen. Der Ausschuss erachtete die Vorsitzende nicht mehr geeignet. Die vertragten Lohnzulagen wurden infolgedessen nicht gew



